

Wählen soll einfacher werden

Der Luzerner Kantonsrat will das Stimmrechtsgesetz anpassen. Keine Änderungen wird es bei Regeln zu Wortmeldungen an Versammlungen geben.

Jonas Hess

Seit 1988 existiert das Luzerner Stimmrechtsgesetz. Nun soll es modernisiert werden. Der Kantonsrat hat sich am Montag über die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen der Regierung gebeugt. Während der Debatte wurde deutlich, dass sich alle Parteien für eine Revision des Gesetzes aussprechen. «Zeitgemäss», «pragmatisch», «übersichtlich». So bewerteten Votantinnen und Votanten die Absichten der Regierung. In der Schlussabstimmung wurde dem Geschäft deutlich zugestimmt.

Die geplanten Anpassungen sehen unter anderem vor, bei Majorzwahlen anstelle eines Listenhefts nur noch einen Wahlzettel mit den Namen aller Kandidierenden abzugeben, worauf die Stimmenden ein Kreuz bei ihren Favoriten machen können. Dies vereinfacht laut der Regierung das Wählen und ermöglicht die digitale Resultatermittlung. Gemeinden und Kanton sollen künftig auch die Möglichkeit haben, den Stimmberechtigten per Post nur noch die für die Meinungsbildung wesentlichen Inhalte zuzustellen. Weitere Unterlagen sollen digital oder auf der Gemeindeverwaltung einsehbar sein.

Diese Änderungen würden die Abläufe der Wahlen vereinfachen und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mehr Übersichtlichkeit verschaffen, zeigte sich Rosmarie Brunner-Zürcher (Mitte, Wikon) überzeugt. Dank nur noch eines Wahlzettels als «einem Haufen» einzelner Listen werde auch die Auszählung vereinfacht. Andrea Pfäffli (SP, Luzern) sprach von weniger Überladung, die dazu führe, dass die Meinungsbildung erleichtert werde. Die Anpassungen beim Umfang der Einsendungen per Post würden zudem dafür sorgen, dass Ressourcen und Kosten gesenkt werden können, er-



An Gemeindeversammlungen sollen weiterhin nur stimmberechtigte Personen das Wort ergreifen dürfen. Bild: Boris Bürgisser (Sursee, 4. 3.2024)

gänzte Isabelle Kunz-Schwegler (SVP, Triengen).

Kritik ins Spiel brachte Franz Räber. Der Emmer FDP-Kantonsrat sah im neuen Wahlvorgehen mittels Kreuzchen vor den Kandidierenden die Gefahr, dass mehr ungültige Wahlzettel eingereicht werden. Dies, weil schnell zu viele Namen angekreuzt werden könnten.

Anträge von links haben keine Chance

Der Vorschlag der Regierung, dass sich auch nicht stimmberechtigte Einwohnende an Versammlungen zu traktandierten Geschäften äussern können, werde die FDP ablehnen, stellte Franz Räber klar. Insbesondere bei Gemeindeversammlungen dürften sich weiterhin nur Stimmberechtigte zu Geschäft-

ten äussern können. «Wir lehnen die geplante Verwässerung ab.» Zustimmung erhielt die FDP von SVP und Mitte.

Auf linker Seite wollte man in dieser Frage noch weitergehen und generell Wortmeldungen für nicht stimmberechtigte Personen zulassen. Menschen ohne Schweizer Pass, die hier arbeiten, Steuern zahlen und leben, sollten sich äussern können und «nicht nur schweigend im Publikum sitzen müssen», sagte Andrea Pfäffli. Dies stärke den Zusammenhalt einer Demokratie, so die Stadtluzernerin.

In einem weiteren Antrag forderte sie zusammen mit Barbara Irniger (Grüne), dass Abstimmungs- und Wahlunterlagen barrierefrei zugänglich gemacht werden. Dies müsse sowohl physisch als auch digi-

tal ermöglicht werden, betonte die Stadtluzerner Grünen-Kantonsrätin.

Die Forderungen von links fanden bei einer Mehrheit im Rat kein Gehör. Auch ein ähnlich lautender Vorstoss von Mario Cozzio (GLP) fand keine Mehrheit. Er verlangte, dass nicht stimmberechtigte Personen zu Wort kommen dürfen – aber nur, wenn sie von einem Geschäft direkt betroffen sind.

Proporzahlen bleiben aussen vor

Der Surseer Kantonsrat warf in seinem Votum zudem die Frage auf, warum die Regierung in ihrer Revision nur bei den Majorzwahlen gegen die Listenflut ankämpfe. Bei den Proporzahlen – mit diesem System wird der Kantonsrat sowie der

Nationalrat gewählt – ändere sich nichts. Das war auch Guido Müller (SVP) nicht entgangen. «Wenn man das System aktualisiert, sollte es in allen Bereichen gemacht werden, also bei den Majorz- und Proporzwahlen.» Müller warf der Exekutive eine «regierungsrätliche Schlaumeierei» vor.

Dem entgegen hielt Ylfete Fanaj den Faktor Zeit. Es sei nicht möglich gewesen, noch vor den kommenden Wahlen alles unter einen Hut zu bringen. Fanaj erwähnte auch die hängigen Initiativen von GLP und SVP, die einen Systemwechsel bei den Proporzahlen fordern. Darüber werde erst im September debattiert. «Die Parteien brauchen aber möglichst bald Rechtssicherheit.»

Kulturbetriebe werden gefördert

Kantonsrat Der Luzerner Kantonsrat stellt sich klar hinter die Förderung von mittelgrossen Kulturbetrieben. Bereits im März sagte das Parlament Ja dazu. Auch nach der zweiten Beratung der Kommission für Erziehung, Bildung und Kultur – welche die nun ausgearbeitete Botschaft laut deren Präsidentin Karin Stadelmann (Mitte, Luzern) einstimmig befürwortete – stiess die Vorlage am Montag auf breite Zustimmung.

Bis auf vier Personen aus FDP und SVP sagte der gesamte Kantonsrat zur Gesetzesanpassung mit 111 zu vier Stimmen Ja. «Heute geht ein langer Weg erfolgreich zu Ende», resümierte der zuständige SVP-Regierungsrat und Kulturdirektor Armin Hartmann. (*sfr*)

Abstimmung im September

Fan-Gewalt Der Luzerner Kantonsrat sagt auch in zweiter Beratung Ja zum Gegenentwurf für die Initiative «Gegen Fan-Gewalt». Weil die Mitte an ihrer Initiative festhalten will, kann die Bevölkerung sowohl über Initiative als auch Gegenvorschlag abstimmen. An der Session am Montag gaben die Mitte-Partei und Regierungsrätin Ylfete Fanaj bekannt, dass die Abstimmung im September stattfinden soll. Der genaue Termin ist gemäss der Sicherheitsdirektorin noch offen.

Während die Initiative unter anderem eine umstrittene ID-Pflicht für Matchbesucher fordert, sieht der Gegenvorschlag vor, bestehende Massnahmen gesetzlich zu verankern. Dazu gehören die Videoüberwachung durch die Polizei bei Fanmärschen und beim Stadioneinlass, Einzelbewilligungen von Risikospiele und Bewilligungsaufgaben für Veranstalter. (*jh*)

Rotes Kreuz wählt neue Präsidentin

Kanton Luzern Sie war die erste Frau, die beim Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) Kanton Luzern ins Präsidium gewählt wurde. Das war 1994, nun gibt Helga Christina Stalder ihr Amt ab. Insgesamt engagierte sie sich 38 Jahre lang im Vorstand, vergangene Woche wurde sie an der Mitgliederversammlung verabschiedet.

Die neue Frau an der Spitze heisst **Rita Zicola** (Bild). Wie das SRK Kanton Luzern mitteilt, bringt die Betriebswirtschaftlerin mit einem Master in Wirtschaftspsychologie «langjährige und fundierte Führungserfahrung mit». So ist sie aktuell als Regionalleiterin von Coop City für zehn Warenhäuser mit rund 850 Mitarbeitenden verantwortlich. Zicola sei im Kanton gut vernetzt und engagiere sich unter anderem im Rotary Club Luzern Heidegg sowie im Beirat des Luzerner Theaters. (*lf*)



Kantonsrat unterstützt A2-Abdeckung

Das Parlament bewilligt den Kredit von 49,76 Millionen Franken. Dafür will Kriens die Bypass-Einsprache zurückziehen.

Silvio Frei

Die Stadt Kriens wird aktuell durch die Autobahn in zwei Hälften geteilt. Derzeit verläuft die A2 auf einer Strecke von mehr als einem Kilometer offen durch die Luzerner Agglomerationsgemeinde. An drei Stellen sind nun grössere Überdeckungen geplant, diese sollen total 186 Millionen Franken kosten und das Siedlungsgebiet Luzern Süd aufwerten.

Das Bundesamt für Strassen (Astra) übernimmt dabei Kosten in der Höhe von 111,92 Millionen Franken. Der Kanton Luzern soll einen Betrag von 48,5 Millionen Franken beisteuern. Auf die Stadt Kriens entfallen 26,12 Millionen Franken. Dieser Betrag hiess der Einwohn-

nerrat im März ohne Gegenstimme gut – das Geschäft kommt im September vor das Krienser Stimmvolk.

Luzerner Bevölkerung kann im November entscheiden

Am Montag wurde nun der Betrag des Kantons, welcher mit administrativen Kosten total 49,76 Millionen Franken betragen wird, im Kantonsrat besprochen. Wie Kantonsrätin Laura Spring (Grüne, Stadt Luzern) im Namen der vorberatenden Kommission Verkehr und Bau ausführte, wurde in der Kommission dem Betrag einstimmig zugestimmt. Damit verbunden sei aber auch die Forderung, dass die Stadt Kriens ihre Einsprache zur Autobahnumfahrung «Bypass Luzern», welche

aktuell vor dem Bundesverwaltungsgericht ist, zurückzieht.

In der parlamentarischen Diskussion wurde die Beschwerde von mehreren Votantinnen und Votanten erwähnt. «Dieses Projekt ist ein Gewinn für die Lebensqualität in Kriens, es wird aber erwartet, dass die Stadt Kriens ihre Einsprache zurückzieht», sagte beispielsweise SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner (Entlebuch).

Für Gian Waldvogel (Grüne, Horw) und Michèle Albrecht (Mitte, Kriens) ist die A2 aktuell eine «offene Wunde». Die Teilüberdachung sei daher eine grosse Chance. Die Schötzerin Sarah Bühler-Häfliger (SP) mahnte, dass es aber weiterhin noch flankierende Massnahmen brauche.

Der zuständige FDP-Regierungsrat Fabian Peter sprach der Stadt Kriens fast schon ein Lob aus, dass sie den Bund unter Druck gesetzt habe. Die Kostenübernahme des Astra von 60 Prozent sei nicht selbstverständlich. Das sei der maximale Anteil, den der Bund sprechen kann. Die Abstimmung fiel schliesslich eindeutig aus. 114 Kantonsrätinnen und Kantonsräte stimmten dem Sonderkredit zu. Gegenstimmen gab es keine, zwei Mitglieder des Parlaments enthielten sich. Im November wird das Luzerner Stimmvolk über den Sonderkredit von 49,76 Millionen Franken abstimmen, da für Projekte mit Kosten von über 25 Millionen Franken eine kan-

tonale Abstimmung vorgeschrieben ist.

Und die Stadt Kriens? Diese war neben den Krienser Kantonsratsmitgliedern am Montag auch mit mehreren Vertreterinnen und Vertretern des Einwohnerrats und der Stadtpräsidentin auf der Tribüne vertreten. Gespannt verfolgten die Politikerinnen und Politiker die Diskussion und freuten sich nach dem einstimmigen Entscheid sichtlich.

Stadtpräsidentin Christine Kaufmann-Wolf (Mitte) wirkte nach der Abstimmung erleichtert und erklärte gegenüber unserer Zeitung, dass die Stadt Kriens nun handeln werde. «Das ist die Abmachung, die wir getroffen haben. Wir werden innerhalb einer Woche die Beschwerde zurückziehen.»